

Fünf Fragen an Joachim R. Frick

## „Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut“



### *Herr Dr. Frick, wie sind die Einkommen in Deutschland verteilt?*

Es gibt zum einen die Markteinkommen, die sich überwiegend aus Erwerbstätigkeit, Kapitaleinkünften und privaten Übertragungen speisen und zum zweiten die verfügbaren Einkommen, die nach der Umverteilung durch den Staat und die Sozialversicherungen entstehen. In beiden Fällen haben wir in Deutschland, gemessen am Einkommensjahr 2006, erstmals seit längerem wieder einen Rückgang von Ungleichheit. Der konjunkturelle Aufschwung ist nun auch in der Einkommensverteilung angekommen.

### *Wie hat sich der Aufschwung auf das Haushaltseinkommen ausgewirkt?*

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist in den letzten Jahren eher stagniert. Das liegt unter anderem an der Teuerung. Obwohl die nominalen Einkommen etwas gestiegen sind, sind die realen Einkommen nach Preisbereinigung eher gleich geblieben. Die Ungleichheit aber hat erfreulicherweise abgenommen. In Ostdeutschland haben wir zum ersten Mal seit dem Mauerfall eine rückläufige Einkommensungleichheit gemessen. Das betrifft sowohl die Markteinkommen wie auch die verfügbaren Einkommen. Damit einhergehend ist eine leicht rückläufige Armutsrisikoquote.

### *Wie viele Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht?*

Die Einkommensarmut in Deutschland ist seit der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2006 stetig gestiegen. Wir haben nun zum ersten Mal einen Rückgang der Einkommensarmutsquote auf rund 16,5 Prozent. Das ist eine Korrektur, die in erster Linie mit der Arbeitsmarktentwicklung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu tun hat.

### *Wie wird sich die Einkommensverteilung in Deutschland in Zukunft entwickeln?*

Kurzfristig sind die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitsmarktentwicklung besonders

relevant. Langfristig muss man bedenken, dass sich die Haushaltsstrukturen verändern. Es gibt einen Trend zu mehr Einpersonens- und Alleinerziehenden-Haushalten. Diese Haushalte sind beim Ausfall von Erwerbseinkommen in der Regel auf staatliche Transfers angewiesen und können nicht auf die Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder zurückgreifen. Damit wird die Versicherungsfunktion des privaten Haushaltes reduziert und auf den Staat verlagert. Das ist ein langfristiger Trend, der auch mit einer höheren Einkommensungleichheit einhergeht.

### *In der Diskussion um das Armutsrisiko werden immer wieder Forderungen nach einem generellen Mindestlohn oder höheren Transferleistungen laut. Wie sollte die Politik reagieren?*

In der Diskussion sind insbesondere das Kindergeld und der Mindestlohn. Kindergeld wird in Deutschland nicht bedürftigkeitsgeprüft ausgezahlt. Insofern würde eine pauschale Erhöhung des Kindergeldes auch zu

Mitnahmeeffekten bei reicheren Haushalten führen. In der Diskussion um den Mindestlohn werden häufig arbeitsmarktökonomische und verteilungspolitische Argumente verquickt. Sicherlich kann mit dem Mindestlohn versucht werden, einen „unanständigen“ Lohn zu verhindern. Insofern kann vielleicht eine Grenze von fünf oder sechs Euro gezogen werden, aber höhere Forderungen schlicht mit Verteilungsargumenten zu begründen, ist überzogen. Eine langfristige Strategie zur Armutsreduktion muss auf bildungspolitische Maßnahmen setzen: Wir müssen sozial und ökonomisch Schwächeren einen unbeschränkten Zugang zum deutschen Bildungssystem ermöglichen. Damit erhöhen sich auch die Chancen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration – zugleich sinkt das Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit deutlich, also eine der Hauptursachen für Armut.

Der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre ist in der Einkommensverteilung angekommen.

PD Dr.  
Joachim R. Frick,  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
der Abteilung  
Längsschnittstudie  
„Sozio-oekonomisches Panel“ (SOEP)  
am DIW Berlin

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.

Das vollständige  
Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Redaktion**

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Carel Mohn  
Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.